

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).



**19.03.2017**

Liebe Leserinnen und Leser,

am Dienstag hat die [Parlamentarischen Linke](#) zu einer Diskussionsveranstaltung mit unserer Arbeits- und Sozialministerin, Andrea Nahles, zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung eingeladen.

Nicht nur als Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion zu Fragen von Armut und Ausgrenzung, hat dieses Thema eine hohe Bedeutung für mich. Trotz der guten wirtschaftlichen Situation in Deutschland, gibt es noch zu viel Armut. Der Armuts- und Reichtumsbericht klärt nicht nur über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland auf, er setzt das Thema auch auf die politische Tagesordnung. Dabei geht es um die politische Bewertung des Berichts und den Konsequenzen für die Politik. Der erste Bericht wurde 2001 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung vorgelegt. In Kürze wird das Bundeskabinett den 5. Armuts- und Reichtumsbericht beschließen.

In den kommenden Newslettern werde ich einzelne Aspekte des Berichtes vorstellen. Im 5. Armuts- und Reichtumsbericht geht es dabei erstmals auch intensiv um das Thema Reichtum. Mit diesem Aspekt des Berichtes möchte ich mich heute beschäftigen. Es geht dabei nicht um eine moralische Bewertung, sondern um die Frage, wie Reichtum entsteht, wie er verwendet wird und inwiefern Reichtum gesellschaftlichen Einfluss schafft. Im kommenden Newsletter werde ich auf die unterschiedlichen Armutsrisiken eingehen.

Am Mittwoch habe ich auf einer Informationsveranstaltung des Gesundheitsministeriums mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Fachbereichen über neue Möglichkeiten zur vorgeburtlichen genetischen Testung diskutiert. Anlass sind Bestrebungen von Pharmaunternehmen den vorgeburtlichen Bluttest auf Trisomie 21 (Down-Syndrom) zu einer regulären Kassenleistung zu machen.

Ihre

Dagmar Schmidt, MdB

P.S.: Wer diesen Newsletter als Weiterleitung erhält, dem möchte ich noch einmal ans Herz legen sich [hier](#) (oder unter [dagmar.schmidt@bundestag.de](mailto:dagmar.schmidt@bundestag.de)) direkt im Verteiler anzumelden. Sie erhalten den Newsletter damit garantiert sobald er freitags veröffentlicht wird.

---

## Reichtum in Deutschland

### Armuts- und Reichtumsbericht – Teil I





Erstmals befasst sich der Armuts- und Reichtumsbericht auch mit dem Reichtum in Deutschland. Die Datenlage hierzu ist aufgrund der fehlenden Auskunftspflicht der Reichen bisher wesentlich schlechter als zum Thema Armut. **Die aktuelle Analyse zeigt: Die wirklich großen Vermögen in Deutschland werden weitgehend vererbt, Erwerbsarbeit spielt keine große Rolle.**

Welche Auswirkungen das auf unsere Gesellschaft hat und welche Vermögensgruppen für die Untersuchung herangezogen wurden, können Sie [dem Bericht auf meiner Webseite entnehmen](#).

---

## Arbeitslosengeld Q



Unser Land steht heute wirtschaftlich hervorragend da. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist anhaltend positiv, die Zahl der Arbeitslosen ist niedrig. Wir wollen, dass das so bleibt. Dafür müssen wir heute die richtigen Weichen stellen. Unsere Arbeitswelt steckt in einem tiefgreifenden Wandel: Durch die umfassende Digitalisierung aller Arbeits- und Produktionsbereiche werden neue Tätigkeiten und Qualifikationen nachgefragt, während andere nicht länger gebraucht werden. Deshalb müssen wir mehr in die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern investieren. Nur so verhindern wir, dass sich der Fachkräftemangel in manchen Berufen verstärkt und gleichzeitig Menschen arbeitslos sind, weil sie die erforderlichen neuen Qualifikationen nicht erwerben konnten. ...

[weiterlesen](#)

---

## Aufklären, unterstützen und Angst nehmen



Am Mittwoch habe ich auf einer Informationsveranstaltung des Gesundheitsministeriums mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Fachbereichen über neue Möglichkeiten zur vorgeburtlichen genetischen Testung auf Trisomie 21 diskutiert. Anlass sind Bestrebungen von Pharmaunternehmen den vorgeburtlichen Bluttest auf Trisomie 21 (Down-Syndrom) zu einer regulären Kassenleistung zu machen.

Dieses Thema berührt medizinische, vor allem aber ethische Fragen. Was ist die Begründung für eine Untersuchung auf Trisomie 21? Ist es gerecht den zugelassenen Bluttest nur Reichen zugänglich zu machen? Erhöht der Test den Druck auf diejenigen, die ein Kind mit Trisomie erwarten, abzutreiben? Nach dem Motto: Sowas kann man doch heutzutage verhindern. Ist es nicht besser einen risikoärmeren Test zu haben? Viele Fragen sind offen geblieben.

Die Realität ist, dass mehr als 90% der Föten mit Trisomie abgetrieben werden. Oftmals aufgrund falscher oder gar keiner Beratung und vieler Vorurteile und Unkenntnis über Menschen mit Trisomie.

Menschen mit Down-Syndrom sind nicht glücklicher oder unglücklicher als andere Menschen. Sie leiden nicht unter Trisomie 21, sondern darunter, nicht angemessen und respektvoll behandelt zu werden.

Anstatt Trisomie 21 als „Risiko“ oder als Krankheit darzustellen, müssen wir werdende Eltern von Kindern mit Trisomie 21 umfassend aufklären, sie unterstützen und ihnen die Angst nehmen.

Ich hoffe auf eine breite gesellschaftliche Debatte über ein Thema, das weit über die Frage Kassenzulassung eines Bluttestes hinaus reicht.

---

## Schluss mit Gehaltsexzessen





Wer Außergewöhnliches leistet oder viel Verantwortung trägt, der hat ein entsprechend hohes Gehalt verdient. Dass deutsche Vorstände im Schnitt mehr als das 50fache des Durchschnittsverdienstes im Betrieb verdienen, unabhängig vom eigentlichen Arbeitserfolg, ist nicht gerechtfertigt. In Teilen der deutschen Wirtschaftselite scheint jegliches Gefühl für Maß, Anstand und Verantwortung verloren gegangen zu sein. Deswegen ist unsere Initiative zur Begrenzung von Mangergehältern richtig. Wir beenden u.a. die

steuerliche Absetzbarkeit für Millionengehälter, denn es kann nicht sein, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch noch für die Boni aufkommen müssen während Beschäftigte um ihren Job zittern müssen. Mit diesem Missverhältnis muss endlich Schluss sein! ...[weiterlesen](#)

---

## Die Hälfte der Welt bis 2030!



Das diesjährige Motto des Internationalen Frauentages am 08. März hieß: „Frauen in einer sich wandelnden Arbeitswelt: die Hälfte der Welt bis 2030“.

Auch nach über einem Jahrhundert gibt es noch keine echte Gleichstellung der Geschlechter - weder bei der Verteilung der sogenannten Care- oder Sorgearbeit – dem meist unentgeltlichen Kümern und Sorgen für Familie, Haushalt und Freunde - noch bei der Entlohnung für Erwerbsarbeit.

Immer noch liegen die Bruttostundenlöhne von Frauen durchschnittlich 21% unter denen von Männern. Selbst bei gleicher Arbeit, also gleicher formaler

Qualifikation und ansonsten gleichen Merkmalen, verdienen Frauen im Schnitt 7% weniger als ihre männlichen Kollegen. Dank Bundesministerin Manuela Schwesig wollen wir noch diese Wahlperiode ein individuelles Auskunftsrecht einführen. Denn um gleiche Bezahlung einzufordern, muss man erst einmal wissen, was die Kolleginnen und Kollegen für die gleiche oder gleichwertige Arbeit verdienen. ...[weiterlesen](#)

---

## 80.000 Euro Förderung jährlich



Ich freue mich, dass beide Mehrgenerationenhäuser im Lahn-Dill-Kreis auch weiterhin aus Bundesmitteln gefördert werden. Das Caritas Mehrgenerationenhaus in Wetzlar-Dalheim und das Mehrgenerationenhaus der AWO in Herborn wurden bereits im vorhergehenden Aktionsprogramm gefördert und können weiterhin mit einer jährlichen Förderung in Höhe von 40.000 Euro bis 2020 rechnen – und werden in ihrem breiten Angebot weiter unterstützt. ....[weiterlesen](#)

---

## Politischer Aschermittwoch



Viele SPD-Ortsvereine feiern den politischen Aschermittwoch mit einem traditionellen Heringessen. Dieses Jahr durfte ich bei den Ortsvereinen Hermannstein-Blasbach, Münchholzhausen und Wettenberg mit den Genossinnen und Genossen über die sozialdemokratischen Erfolge der vergangenen Jahre sowie den kommenden Wahlkampf diskutieren. Es waren wie immer sehr gelungene Abende! [Fotos und Bericht finden Sie auf meiner Webseite.](#)

---

## Argumente gegen Rechts

Ideologie der Ungleichwertigkeit



Soziale Ungleichheit ist eines der zentralen Probleme innerhalb demokratischer Gesellschaften, da sie die Spaltung der Gesellschaft begünstigen kann. Rechte Argumentationen versuchen eine solche Ungleichheit damit zu rechtfertigen, dass sie zum Beispiel behaupten Menschen seien von Natur aus unterlegen. Sie vergessen dabei, dass Ungleichheit ein Ergebnis gesellschaftlicher Strukturen ist und jederzeit verringert oder verstärkt werden kann. Demnach ist „soziale Ungleichwertigkeit“ ein soziales Konstrukt ohne jede logische Begründung. Jeder Mensch wird gleich geboren, letztendlich prägen ihn dann zum Beispiel Kultur, Religion, Wohlstand, Erziehung und Bildung. Freilich lassen sich bestimmte prägende Kategorien kritisieren, dennoch lässt sich die „Minderwertigkeit“ eines Menschen oder einer Gruppe niemals rechtfertigen oder gar begründen, denn: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ (GG Art. 3 Abs. 1).



Wenn Sie diese E-Mail (an: [wolfgang.schuster@lahn-dill-kreis.de](mailto:wolfgang.schuster@lahn-dill-kreis.de)) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Dagmar Schmidt, MdB  
Bergstr. 60  
35578 Wetzlar  
Deutschland

06441 209 25 22  
[info@dagmarschmidt.de](mailto:info@dagmarschmidt.de)  
[www.dagmarschmidt.de](http://www.dagmarschmidt.de)